

Die Diktatur des Proletariats

Von Julian Borchardt

Inhalts - Verzeichnis

1. Sozialismus und Kommunismus 1
2. Die Rolle der Gewalt 2
3. Worin die Diktatur des Proletariats besteht 5
4. Der Grundd. Blutvergießens 11
5. Das russische Beispiel 13

Preis 60 Pfennig

Verlag der Lichtstrahlen :: Julian Borchardt
Berlin-Lichterfelde, Hedwigstraße 1

1 9 1 9

Redaktionelle Anmerkungen

Hinzufügungen und aktualisierte Literaturverweise des Herausgebers der hier vorliegenden Ausgabe sind in eckige Klammern gesetzt. Die Seitenzahlen in eckigen Klammern beziehen sich auf den vorherigen Text.

Gesperrt gedruckte Passagen im Original werden in Kursivschrift wiedergegeben.

Die Regeln der aktuellen deutschen Rechtschreibung werden in der Regel beachtet, zeittypische sprachliche Besonderheiten – auch die falsche Verwendung von Superlativen – hingegen in den Transkriptionen beibehalten. Andere offensichtliche Fehler sind korrigiert.

Vorlage dieser Transkription:

<https://mdz-nbn-resolving.de/details:bsb11125722>

Inhalt

.....	1
1. Sozialismus und Kommunismus	4
2. Die Rolle der Gewalt.	5
3. Worin die Diktatur des Proletariats besteht.	7
4. Der Grund des Blutvergießens.	11
5. Das russische Beispiel.	12

1. Sozialismus und Kommunismus

Fünfundzwanzig Jahre lang hat die deutsche Sozialdemokratie die Arbeitermassen um ihre Fahne gesammelt, damit sie ihr helfen, die politische Macht zu erobern. Fünfundzwanzig Jahre lang hat sie das getan mit dem Versprechen, die politische Macht, sobald sie sie habe, zur Verwirklichung des Sozialismus zu benutzen. Der *Sozialismus* war also das Ziel ihres Strebens, darüber hat sie niemals einen Zweifel gelassen.

Sozialismus ist aber genau dasselbe, was wir heute Kommunismus nennen. Wir sind zu dem ursprünglichen, schon von den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus gebrauchten Namen zurückgekehrt aus denselben Gründen, die auch schon *Marx* und *Engels* dazu bewogen haben, diesen und nicht den Namen „Sozialismus“ anzuwenden. Im Jahre 1890 schrieb Engels in der Vorrede zu einer neuen Auflage des Kommunistischen Manifestes¹:

„Unter Sozialisten verstand man 1847 ... die mannigfaltigsten sozialen Quacksalber, die mit ihren verschiedenen Allerweltsheilmitteln und mit jeder Art von Flickarbeit die gesellschaftlichen Missstände beseitigen wollten, ohne dem Kapital und dem Profit im Geringsten wehe zu tun. ... Derjenige Teil der Arbeiter dagegen, der, von der Unzulänglichkeit bloßer politischer Umwälzungen überzeugt, eine gründliche Umgestaltung der Gesellschaft forderte, nannte sich damals *kommunistisch*. Sozialismus bedeutete 1847 eine Bourgeoisbewegung, Kommunismus eine Arbeiterbewegung. Der Sozialismus war salonfähig, der Kommunismus war das gerade Gegenteil. ... So konnten wir keinen Augenblick im Zweifel sein, welchen der beiden Namen zu wählen.“

In den folgenden Jahrzehnten verschwand der Name und nur der Name Sozialismus blieb. Salonfähig war er aber um diese Zeit ganz und gar nicht, im Gegenteil. Man denke nur zurück an das Sozialistengesetz, an die 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Da war das Wort Sozialismus genau solch Mittel, um kleine Kinder und alte Weiber graulich zu machen, wie heute die Worte Kommunismus oder Bolschewismus. Damals war es eine Ehre, sich Sozialist zu nennen und als Sozialist zu betätigen.

Neuerdings jedoch ist der Sozialismus salonfähig und sogar regierungsfähig geworden. Schon durch ihr Verhalten während des Weltkrieges hat die deutsche Sozialdemokratie das Entzücken aller [1] Bedientenseelen erregt, und seit es gar „Novembersozialisten“ gibt, seit der „Vorwärts“ von der Maifeier sozialistischer Schutzmannen berichten kann, seit in Glienicke 70 Lakaien des Prinzen Leopold dem sozialdemokratischen Wahlverein beigetreten sind, seitdem ist es für alle, die es mit den alten Zielen und Versprechungen ernst meinen, hohe Zeit geworden, den Namen „Sozialisten“ abzulegen und wieder zu dem alten ehrenvollen Namen „Kommunisten“ zurückzukehren, der sie von jenen Leuten deutlich unterscheidet.

Die Sache ist dieselbe geblieben. Das Ziel der deutschen Sozialdemokratie war stets der Kommunismus, wenn sie auch heute so tut, als wäre dem nicht so. Man schlage nur das Erfurter Programm auf, da steht deutlich zu lesen, dass die Partei erstrebte: „Die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln (nämlich an Grund und Boden, an Gruben und Bergwerken, an Rohstoffen, Werkzeugen, Maschinen, Verkehrsmitteln) in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.“ Damit ist gegeben die Umgestaltung des

¹ Ausgabe von 1906 (Berlin, Vorwärts-Verlag) S. 22.

gesamten Wirtschaftslebens derart, dass planmäßig einzig und allein zur Deckung des Bedarfs gearbeitet wird, ohne dass jemand Profit machen kann; dass alle Menschen wie eine große Familie zusammen leben, lauter Schwestern und Brüder, die einander planmäßig in die Hände arbeiten und sich gegenseitig fördern, so dass die Ergiebigkeit der gemeinschaftlichen Arbeit ins Ungeheure sich steigert und jedermann nicht nur ausreichend, sondern sogar reichlich versorgt werden kann, wodurch dann erst die Möglichkeit persönlicher Freiheit geschaffen wird: Jeder nach seinen Kräften, jedem nach seinen Bedürfnissen. Das war stets das Ziel der Sozialdemokratie und das ist Kommunismus.

2. Die Rolle der Gewalt.

Als unerlässliche Voraussetzung zur Errichtung dieses Ziels, zur Verwirklichung des Kommunismus hat *Karl Marx* die *Diktatur des Proletariats* bezeichnet. In seinen berühmten „Randglossen zum Programm einer deutschen Arbeiterpartei“, die er im Mai 1875 geschrieben hat,² heißt es wörtlich: Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats.*“ [2]

Was hat es mit dieser revolutionären Diktatur, die bekanntlich von den russischen Kommunisten angewandt, von den deutschen vielfach versucht und allgemein erstrebt wird – was hat es damit auf sich?

Hört man die Feinde des Proletariats, so bedeutet sie den blutigen Terror, die unerträgliche Gewaltherrschaft einer kleinen Minderheit über die große Mehrheit; eine Gewaltherrschaft, zu der die Minderheit nur deshalb greift, weil sie keine Aussicht hat, auf dem „legalen“ Wege der Demokratie durchzudringen.

Nun kann es freilich keinem Zweifel unterliegen, dass alle Vorkämpfer der Revolution die Anwendung von Gewalt als unentbehrlich erachtet haben. „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft die mit einer neuen schwanger geht“, sagt Marx in seinem Hauptwerk „Das Kapital“.³ Und seine Schrift über das „Elend der Philosophie“ schließt mit der Darlegung, dass erst in einer künftigen Gesellschaft, wo es keine Klassen und Klassengegensätze mehr gibt, der soziale Friede möglich sein wird; bis dahin sei unausweichlich die Frage gestellt: Kampf oder Tod!

In der Tat ist ja bisher noch nie im Verlauf der Weltgeschichte eine Revolution ohne Gewalt vor sich gegangen, auch nicht die deutsche Revolution im November 1918. Und auch für die Zukunft dürfte wohl die Hoffnung, dass die Nutznießer von Klassenvorrechten ohne Gewalt ihre bevorzugte Stellung räumen werden, nur ein schöner Traum sein. Auch die zukünftige Revolution wird wohl ohne Gewalt nicht möglich sein.

Dagegen wäre nun einzuwenden, dass gerade der Kommunismus, den die zukünftige Revolution herbeiführen soll, seiner ganzen Natur nach die Gewalt nicht verträgt. Wie Schwestern und Brüder sollen die Menschen zusammenleben, planmäßig einander in die Hände arbeiten sollen sie – kann man sie dazu mit Gewalt zwingen? Jede bisher in der Geschichte bekannte Gesellschaftsordnung beruhte auf der Unterdrückung einer Klasse durch die andere: die Sklaverei des Altertums, die Hörigkeit des Mittelalters, die kapitalistische

² Veröffentlicht Neue Zeit 1890/91, Bd. I. S. 573

³ Kapital, Bd. I. Kap. 24. Abschnitt 6.

Ausbeutung der neuen Zeit. Immer war der springende Punkt der, dass die einen für die anderen arbeiten mussten. Das konnte freilich nur durch Gewalt erzwungen werden, und somit beruhte alles menschliche Zusammenleben, soweit wir historische Kunde davon haben, auf Gewalt. Gerade das Gegenteil gilt für den Kommunismus. Er soll zum ersten Mal in der Geschichte einen Gesellschaftszustand darstellen, der keine Unterdrückung kennt. Bei ihm kommt es auf freiwillige [4] Arbeit an, denn nur diese kann in Qualität und Quantität das leisten, was eine kommunistische Gesellschaft braucht.

Hier scheint also ein Widerspruch zu klaffen. Aber der Widerspruch ist nur scheinbar. Lenin löst ihn in seinem Buche „Staat und Revolution“⁴ in glänzender Weise.

Wenn die Menschen vom „Staat“ sprechen, so meinen sie damit gewöhnlich schlechthin jede Form des menschlichen Zusammenlebens. So hat man ja auch Worte gebildet wie „Freistaat“, „Volksstaat“, ja sogar „Zukunftsstaat“, „sozialistischer Staat“ u. dgl. Also ganz gleichgültig, welche politische Form das Zusammenleben der Menschen angenommen hat, man nennt ihr Gemeinwesen gewöhnlich kurzweg Staat.

Marx und Engels haben darauf aufmerksam gemacht, dass das doch eigentlich nicht ganz richtig ist, dass vielmehr in dem Worte „Staat“ ein besonderer Sinn liegt. Eine Horde Südsee-Insulaner, einen germanischen Stamm der Urzeit, ein Indianervolk, das mit seinen Häuptlingen durch die Wälder streift, wird man kaum einen „Staat“ nennen. Weshalb nicht? Welches ist die besondere Bedeutung des Wortes „Staat“? Offenbar denkt man dabei an einen *strafferen Zusammenhalt*, an eine fest gegliederte Ordnung mit Höheren und Niederen. Und in der Tat, Marx und Engels haben nachgewiesen (wie man im einzelnen bei Lenin nachlesen mag), dass gerade der Zwang das Wesen des Staates ausmacht. Von der Wiege bis zur Bahre steht der moderne Staatsbürger unter dem Zwange; eine ganze riesige Organisation ist geschaffen, bestehend in Gesetzen, Polizei, Beamtentum, Gerichten, Militär, Gefängnissen, Zuchthäusern usw., alle mit der Bestimmung, dem einzelnen den Willen des Staates aufzuzwingen. Und diese Organisierung des Zwanges ist gerade das Wichtigste und Wesentlichste am Staat, in ihr äußert sich so recht eigentlich das, was man „Staatshoheit“ nennt.

Warum nun, fragt Marx, diese gewaltigen Organismen zur Unterdrückung des freien Willens der Bürger? Und er findet als Antwort: deshalb, weil das Volk, die Gesellschaft aus verschiedenen Klassen besteht, deren Interessen einander entgegengesetzt sind. So z. B. in unserer heutigen Gesellschaftsordnung gibt es die Klasse der Kapitalisten; sie existiert vom Profit, ist also aufs Höchste interessiert an der Erhaltung und Steigerung des Profits. Aber der Profit ist geschöpft aus der Arbeit der Proletarier; diese Klasse hat also das entgegengesetzte Interesse an Minderung und Beseitigung des Profits. Bei so gegensätzlichen Interessen wäre jedes friedliche Zusammenleben unmöglich, jeden Tag würde es Mord und Tot- [4] schlag geben, wenn nicht die Interessen der einen Klasse gewaltsam denen der anderen Klasse untergeordnet würden. Dazu ist der Staat da. Der Staat ist, wie Engels sagt⁵: „eine Organisation der ausbeutenden Klasse ... zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse“. Der Staat ist also „eine besondere Repressionsgewalt“, d. h. Unterdrückungsgewalt.⁶

⁴ Verlag der Lichtstrahlen, 1919. S. 16 ff. 9

⁵ Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Stuttgart. Dietz 1894. S. 302.

⁶ Deshalb ist es nicht richtig, ein Gemeinwesen, das keine Klassenunterdrückung mehr kennt, einen „Staat“ zu nennen. Worte wie „Volksstaat“, „sozialistischer Staat“ sollten vermieden werden.

Es versteht sich, dass eine solche Gewalt nur mit Gewalt gestürzt werden kann. So geschah es in Russland am 17. März 1917 und wiederum am 7. November 1917, und ganz ebenso in Deutschland in den ersten Novembertagen 1918. Die Gewalt war es, der Wilhelm II. und alle übrigen Bundesfürsten weichen mussten. Die „Eroberung der Staatsmacht“, zu der die deutsche Sozialdemokratie so lange Jahrzehnte aufgerufen hat, kann nur ein Akt der Gewalt sein, und den Männern, die mit Gewalt die Staatsmacht übernommen haben, steht es schlecht an, hinterher über die Gewalt der anderen zu klagen. Nur ein Tor oder ein kindliches Gemüt kann sich in der Hoffnung wiegen, dass die kapitalistische Bourgeoisie, die bisherige Inhaberin der Staatsmacht, gutwillig darauf verzichten werde. Mit Gewalt muss sie ihr entrissen werden.

Aber abgesehen davon, dass „Gewalt“ nicht etwa verwechselt den darf mit „Gewalttätigkeiten“ – man kann Gewalt anwenden, ohne den Vergewaltigten auch nur körperlich zu berühren, ohne dass ein Tropfen Blut dabei fließt; die meisten Verhaftungen geschehen so; am 9. November 1918 wurden in Berlin alle öffentlichen Gebäude, alle Polizeiwachen usw. den Vertretern der damals noch bestehenden alten Staatsmacht gewaltsam abgenommen. Hunderttausende waren daran beteiligt, aber nur ein paar Dutzend Menschen kamen dabei zu körperlichem Schaden – abgesehen hiervon ist die *Eroberung der politischen Macht* noch lange nicht gleichbedeutend mit der *Diktatur des Proletariats*. Sie ist erst das Mittel, das dazu führt, sie macht erst die Bahn frei für Errichtung dieser Diktatur.

3. Worin die Diktatur des Proletariats besteht.

Was das Proletariat tun muss, sobald es die politische Macht in Händen hat, wissen wir seit 70 Jahren. Marx und Engels haben das im Kommunistischen Manifest schon 1847 ganz unzwei- [5] deutig ausgesprochen. Dort liest man (S. 37 der Vorwärtsausgabe von 1906):

„Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.“

Der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, damit muss es anfangen. Das ist der erste Gebrauch, den das Proletariat von der Staatsmacht, sobald es sie im Besitz hat, machen muss. Nicht etwa deswegen, weil Marx und Engels das vor 70 Jahren geschrieben haben – wir führen jene alte Quelle nur an, um zu zeigen, dass jeder, dem es um den Sozialismus ernst war, das im November 1918 schon wissen konnte – sondern weil es in der Tat der einzig zweckmäßige, ja der einzig mögliche Weg zur Erreichung des Zieles ist. Die gesamte Produktion planmäßig zur Deckung des vorhandenen Bedarfs einzustellen – wie anders wäre das möglich, als indem vor allen Dingen den einzelnen Privatkapitalbesitzern die Produktionsinstrumente, also das Kapital abgenommen und im Besitze des Staates zusammengefasst wird? Auch hat die deutsche Sozialdemokratie vor dem Weltkriege nie einen Zweifel darüber gelassen, dass es um die *Enteignung* des Kapitals, um die „Expropriation der Expropriateure“ geht.

Folgendes also ist festzustellen: Zur Rettung der Menschheit vor Not, Hunger und Jammer, ja nach dem Weltkrieg sogar zur Rettung vor dem Untergang ist nötig der Kommunismus. Der erste unerlässliche Schritt zum Kommunismus ist die Enteignung des Kapitals. Die erste und

dringendste Aufgabe einer sozialistischen Regierung muss also sein die Enteignung des Kapitals.⁷

Glaubt nun irgendein vernünftiger Mensch, dass die Klasse, die heute das Kapital besitzt – das ist die Bourgeoisie – hierbei helfen [6] wird? Oder dass sie auch nur ruhig zusehen wird, wenn es in ihrer Macht steht, es zu hindern? Noch niemals im Verlauf der Weltgeschichte ist es dagewesen, dass eine Klasse auf den Genuss von Vorrechten freiwillig verzichtet hat. Und die heutige Bourgeoisie aller Länder, die aus rein kapitalistischen Interessen den Weltkrieg entzündet und 12 Millionen Menschen abgeschlachtet hat, sieht ganz gewiss nicht danach aus. Was aber speziell die deutsche Bourgeoisie anbetrifft, so zeigen die sechs seit der Revolution verflossenen Monate, wie sie auch nicht einen Augenblick gezögert hat, sich wieder in Besitz der verlorenen Staatsmacht zu setzen und diese zur Verteidigung ihres Privateigentums an Kapital zu benutzen.

Je größer die Macht der Bourgeoisie, desto stärker das Bollwerk gegen die Kapitalsenteignung, desto hoffnungsloser die Aussicht auf Erreichung des Kommunismus. Jedes kleinste Stückchen Macht, das der Bourgeoisie verbleibt, wird sie zur Verteidigung des Kapitalismus benutzen.

Was folgt daraus? – *Einfach dies, dass auch nicht das kleinste Stückchen Macht in den Händen der Bourgeoisie verbleiben darf.*

Man kann nicht von heute auf morgen die Ausbeutung beseitigen; man kann nicht von heute auf morgen den Kommunismus verwirklichen; auch eine sozialistische Regierung muss wohl oder übel in den ersten Tagen und Wochen, vielleicht sogar Monaten noch auf die alte kapitalistische Weise weiter wirtschaften lassen. Das erkennen wir an. Aber was sie kann und was sie deshalb auch ohne Zaudern tun muss, das ist: die Enteignung des Kapitals in Angriff zu nehmen und zu diesem Zweck die Bourgeoisie von jedem, schlechthin von jedem, auch noch so geringen Anteil am Besitze der Macht auszuschließen.

Das ist die Diktatur des Proletariats. Nichts weiter.

Mit Schreckensherrschaft, mit Terror, mit Blutvergießen hat das nicht das Geringste zu tun. Es ist vielmehr einfach die Umkehrung des bisherigen Zustandes und dadurch eine bedeutende Annäherung an die Demokratie.

Bekanntlich wird die Diktatur des Proletariats gerade im Namen der Demokratie bekämpft. Was aber bedeutet denn Demokratie? Angeblich soll sie doch ein politischer Zustand sein, in welchem der Wille der Mehrheit entscheidet. Wie ist es denn aber bisher immer gewesen, und wie ist es auch heute noch, sechs Monate nach der Revolution?

⁷ Ein blödes Missverständnis ist in den ersten Monaten der deutschen Revolution geflissentlich genährt worden. Man hat es so hingestellt, als wollten die Kommunisten die *sofortige* Sozialisierung der gesamten Wirtschaft binnen 24 Stunden, und als unterschieden sie sich nur hierdurch von den Leuten um *Scheidemann* und um *Haase*, die als „vernünftige Menschen“ wohl einsähen, dass ein so gewaltiges Werk nur allmählich erfolgen könne. – Die oben zitierte Stelle zeigt, dass die Kommunisten schon vor 70 Jahren wussten, dass sogar die Enteignung des Kapitals, geschweige denn die Kommunisierung des gesamten Wirtschaftslebens, nur *nach und nach* geschehen kann. Nicht hier liegt der Unterschied zwischen ihnen und den Auch-Sozialisten, sondern vielmehr in der Tatsache, dass letztere die *Diktatur des Proletariats* nicht wollen. Ohne diese ist aber, wie im Text gezeigt wird, die Herbeiführung des Kommunismus unmöglich.

Das Statistische Jahrbuch für Preußen weist im Jahre 1917 rund 15½ Millionen Erwerbstätige auf. Davon hatten: [7]

unter 900 M. Einkommen	8 260 000	=	53 ½ %
900-3000 M. Einkommen	6 150 000	=	40%

Diese 93½ % der Bevölkerung waren also schlechthin Proletarier. Aber auch unter den etwas besser Gestellten sieht es noch eigentümlich aus. Es hatten:

3000 – 9500 M. Einkommen	830 000	=	5 ½ %
9 500 – 30 500 M. Einkommen	126 000	=	} 1%
30 500 – 100 000 M. Einkommen	32 600	=	
über 100 000 M. Einkommen	9 000	=	

Bei den Preisen, die 1917 bereits herrschten, war auch ein Einkommen von 4000 und 8000 M. nur ein recht mäßiges! Kapitalisten waren die Leute nicht, die solches Einkommen hatten. Man geht wahrscheinlich schon zu weit, wenn man noch alle Leute mit 10 000 und 11 000 M. als Kapitalisten rechnet. Aber selbst wenn man das tut, wenn man also schlechthin alle, deren Jahreseinkommen 9500 M. übersteigt, als Kapitalisten ansehen will, dann betrug die Anzahl der Kapitalisten in Preußen im Jahre 1917 gerade 1% der Bevölkerung! Von den übrigen waren etwa 95% (nämlich alle, die nur ein mäßiges Arbeitseinkommen hatten) reine Proletarier, und die übrigen 4% befanden sich in einer recht prekären Mittellage, insbesondere in strenger Abhängigkeit von den Kapitalisten.

In der vorliegenden Schrift, die sich in der Hauptsache an Leser wendet, welche die Schule der sozialdemokratischen Agitation durchgemacht haben, braucht nicht erst auseinandergesetzt zu werden, dass das *eine* Prozent der Besitzenden tatsächlich die gesamte politische und wirtschaftliche Macht besaß und über die übrigen 99 Prozent herrschte. Die Besitzenden *allein* machten die Gesetze, sie *allein* verfügten, was Recht und Ordnung sei. Wie hätte denn – um nur ein Beispiel zu erwähnen – jemals der Weltkrieg ausbrechen können, wenn die Masse der Besitzlosen, die 99 Prozent, die im Kriege nur ihre Haut zu Markte trugen, ohne den geringsten Vorteil davon erhoffen zu können, ein ernstliches Wort mitzureden gehabt hätten! Die Besitzenden allein bestimmten, was im Staate zu geschehen habe, und richteten alles ein, um das zu sichern, was sie „Ruhe und Ordnung“ nennen, nämlich die kapitalistische Ausbeutung. Als ihr selbstverständliches Recht verlangten sie, dass die übrigen 99 Prozent der Bevölkerung sich ihrem Gebote fügten. Wer etwa daran zweifelt, dass es so gewesen ist, der lese Lassalles treffliche Schrift „Über Ver- [8] fassungswesen“. Und wenn ja einmal die Proletariermassen nicht ganz stillhalten wollten, dann kommandierten sie Infanterie, Kavallerie und Artillerie und betrachteten es wiederum als ihr gutes Recht, dazwischen schießen zu lassen. Als Schuldige an dem vergossenen Blut aber klagten sie die Aufrührer an, und all das erschien ohne weiteres als richtig und selbstverständlich.

Von Demokratie war ein solcher Zustand, wo eine winzige Minderheit der übergroßen Mehrheit das Gesetz vorschrieb, offenbar weit entfernt.

Aber ist denn das nicht alles seit der Revolution geändert? Haben wir nicht jetzt eine Nationalversammlung, gewählt von allen Mitgliedern des Volkes, so dass sie deren Willen klar zum Ausdruck bringt?

Nichts ist geändert. de die kapitalistische Ausbeutung besteht, solange die kapitalistische Art zu wirtschaften andauert, so lange befindet sich alle tatsächliche Macht nach wie vor in den Händen der Besitzenden. Es ist an dieser Stelle nicht nötig, das erst noch zu beweisen. In den Schriften der deutschen Sozialdemokratie ist der Beweis jahrzehntelang geführt worden. Deshalb wissen es die Führer der deutschen Sozialdemokratie auch ganz genau, dass sie gegenwärtig nicht die Demokratie verteidigen, sondern eine Diktatur, nämlich die Diktatur einer winzigen Minderheit über die große Masse des Volkes. Es genügt, einen einzigen Satz von Lenin⁸ anzuführen, um das zu zeigen. In der kapitalistischen Gesellschaft, sagt Lenin, bleibt die Demokratie stets eine Demokratie der Minderheit, eine Demokratie der Besitzenden, der Reichen, denn angesichts der Lage, in die sie die kapitalistische Ausbeutung versetzt, bleiben die Proletarier so von Not und Armut bedrückt, dass sie weder an Demokratie noch an Politik zu denken Zeit haben, so dass die Mehrheit der Bevölkerung von der Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben ferngehalten wird. Was nützt ihnen da selbst das freieste Wahlrecht!

Diesen Zustand gilt es umzukehren. Genauso wie bisher die 99 Prozent der Bevölkerung sich dem einen Prozent unterordnen müssen, genau so wird verlangt, dass von nun ab die 99 Prozent – oder wenigstens die 95 Prozent, deren proletarische Klassenlage zweifellos ist – die Gesetze machen und dass die übrigen wenigen Prozent sich dem Willen dieser Mehrheit fügen. Auch das ist freilich keine Demokratie, und wir verschmähen die Heuchelei, diesen Namen anzuwenden. Wir nennen es offen und ehrlich eine Diktatur. [9]

Aber es ist die Diktatur einer ungeheuren Mehrheit über eine ganz kleine Minderheit und kommt folglich, wie bereits bemerkt, der Demokratie weit näher als das System, das wir heute haben. *Jeder, der ausbeutet, oder an Ausbeutung beteiligt ist, oder von Früchten der Ausbeutung lebt oder sie genießt, soll von jedem Einfluss auf die Staatsmacht ausgeschlossen sein.* Das ist unsere Forderung. Er soll kein Wahlrecht haben, weder aktives noch passives, soll nicht Beamter werden dürfen, soll nicht Richter sein können usw.

Dabei gibt es aber noch einen wichtigen Unterschied zwischen dieser Diktatur und der heutigen. Wer heute Proletarier ist und zur entrechteten Mehrheit gehört, der kann in alle Wege niemals in die bevorrechtete Minderheit hinüberwechseln, es sei denn, dass er durch einen Glückszufall – Heirat oder Erbschaft⁹ – zu Vermögen kommt. Sonst bleibt er sein Leben lang vom Einfluss auf die Staatsmacht ausgeschlossen. Wo dagegen die Diktatur des Proletariats herrscht, hindert kein Mensch den Kapitalisten, sich seines Besitzes zu entäußern und von eigener Arbeit zu leben, wodurch er sofort in den Genuss der vollen Bürgerrechte tritt.

Es gibt Leute, die den Einwand machen, dass ja doch der Ausschluss vom Wahlrecht usw. nur eine ganz winzige Minderheit trifft und dass es deshalb vielleicht, um Erbitterung und daraus erwachsende Widerstände zu vermeiden, richtiger sei, auf diese Einschränkung zu . Soeben haben wir selbst ausgerechnet, dass höchstens Prozent der Bevölkerung als eigentliche Kapitalisten in Betracht kommen; das sind ja so wenig, dass man sie ruhig mit wählen lassen könne; das Wahlergebnis könne ihre winzige Stimmenzahl nicht ändern, und man nehme

⁸ In seinem Buche „Staat und Revolution“, Verlag der Lichtstrahlen, Lichterfelde 1919. S. 72.

⁹ Oder wenn er sich kaufen lässt. Gerade im Hinblick auf heutige Zeit ist es wohl nötig, diesen Zusatz zu machen.

ihnen und ihren Freunden den Vorwand, über Verstöße gegen die Demokratie zu klagen, und dem ganzen Streit nehme man die Verbitterung.

Dieser Einwand übersieht die Hauptsache. Um was handelt es sich denn? Innerhalb der noch herrschenden Wirtschaft soll deren Umbau in die kommunistische Ordnung in Angriff genommen werden. Ist letztere einmal erreicht, so denkt natürlich niemand daran, irgendeinem Mitgliede der Volksgemeinschaft die volle Gleichberechtigung vorzuenthalten. Aber hier handelt es sich um eine Schutzmaßnahme, die getroffen werden soll, solange die kapitalistische Klassenwirtschaft noch besteht. Wenn es dabei auf die Zahl der Bevorrechteten ankäme, so wäre ja der ganze Schutz über – [10] flüssig. Trotz ihrer geringen Zahl bringt es die in ihren Händen befindliche wirtschaftliche Macht mit sich, dass alle Wahlen usw. zum Nutzen der Kapitalisten ausfallen. Der deutlichste Beweis dafür wird noch jüngst von der deutschen Nationalversammlung geliefert. Im November 1918 hatte die Kapitalistenklasse in Deutschland tat – sächlich alle Macht verloren. Es bedurfte damals nur eines energischen Zugreifens, und der Aufbau des kommunistischen Gemeinwesens hätte beginnen können. Stattdessen begnügte man sich, ein Wahlrecht zu schaffen, an dem kaum etwas auszusetzen sein dürfte. Und dieses außerordentlich freie und demokratische Wahlrecht hat eine Nationalversammlung geschaffen, die kaum etwas anderes ist als ein Abklatsch des alten Reichstags. Auch in ihr überwiegt bei weitem die Vertretung der kapitalistischen Interessen, und wer es nicht vorher wusste, der muss jetzt wohl einsehen, dass die ganze Veranstaltung der Wahl – wenn nicht in ihrer Absicht, so doch in ihrem Erfolg – darauf hinauslief, den Kapitalisten die im November verlorene Macht wieder in die Hände zu spielen.

Worauf es ankommt, ist eben gerade, den Kapitalisten die ungeheure Macht, die sie trotz ihrer geringen Zahl ausüben, aus den Händen zu nehmen und die volle Staatsmacht auf Organe der Arbeiterklasse zu übertragen.

4. Der Grund des Blutvergießens.

Wie man sieht, hat die Diktatur des Proletariats mit Terror, mit Gewalttätigkeiten, mit Blutvergießen nichts zu tun. Sie bedeutet weiter nichts, als dass die gesamte Staatsmacht, die bisher einer winzigen Minderheit gehört, auf die gewaltige proletarische Mehrheit übergeht und ausschließlich von ihren Organen ausgeübt wird. Und dann wird natürlich verlangt, dass genauso wie bisher jedermann sich der bestehenden Staatsmacht, Staatsordnung, Staatsautorität fügt. Wer sich dagegen auflehnt, der wird mit Gewalt gezwungen, wie das auch bisher schon jede bestehende Staatsmacht mit Unbotmäßigen und Aufrührern getan hat.

Man beachte die wunderbare Logik. Wenn im *kapitalistischen* Staate sich die Masse der Bevölkerung gegen das Gebot der wenigen Machthaber auflehnt, dann lässt man Kanonen auffahren und die Aufrührer mit Maker und Blei zur Raison bringen. Jedermann findet das in der Ordnung, und an dem Blutvergießen sind natürlich die Aufrührer schuld. Warum waren sie nicht gehorsam der Obrigkeit, die Gewalt über sie hat? – Wenn aber im *proletarischen* Staat genau dasselbe verlangt wird, und zwar mit viel größerem Recht, weil es ja hier wirklich eine Minderheit ist, die [11] sich den Anordnungen der Mehrheit fügen soll; wenn der Minderheit die Interessen ihres Geldsacks wichtiger sind als Ruhe und Ordnung und Gesetz; wenn die Minderheit sich auflehnt und wenn dann die proletarische Regierung zur Gewalt greift, um den Aufruhr zu unterdrücken, dann schreit alles über Terror und blutige Gewaltherrschaft, und die Schuld am Blutvergießen wird diesmal nicht den Aufrührern zugeschoben, sondern der proletarischen Regierung! Sich gegen eine Ordnung aufzulehnen, welche die Interessen des Geldsacks nicht achtet, gilt als heiligstes Menschenrecht der Kapitalisten, die den

Arbeitern jedes Auflehnen gegen unerträgliche Ausbeutung als scheußliches Verbrechen ankreiden! So und nicht anders war nämlich der Verlauf der Dinge in Russland.

Die Kommunisten (Bolschewisten) kamen in Russland zur Regierung, weil sie den Frieden brachten. Sie waren die ersten, die ernstliche Schritte zum Frieden unternahmen und ja auch wirklich dem Kriege wenigstens auf einem Teil seines riesenhaften Schauplatzes ein Ende machten. Hiermit war die Kapitalistenklasse Russlands nicht zufrieden, denn der Friede sollte dem Kommunismus die Wege ebnen, und auf ihre Vorrechte verzichten, das wollten die russischen Kapitalisten nicht. Da ging ihre gerühmte „Vaterlandsliebe“ ganz und gar in die Brüche. Um den Kommunismus zu verhindern, missgönnten sie nach 3½ jährigem Krieg dem gequälten russischen Volk den Frieden. Sie zettelten Verschwörungen an zum gewaltsamen Sturz der kommunistischen Regierung, ja sie gingen so weit, mit ausländischen Regierungen (England, Frankreich, Japan) in Verbindung zu treten, und veranlassten diese, mit Heeresmacht ins russische Land einzurücken.

Das gilt in allen Ländern als das grauenhafteste Verbrechen. Ist es doch in der Tat viel schlimmer als Mord, da es tausendfachen Mord verursacht. Man stelle sich vor, wie in Deutschland die Regierung Wilhelms II. mit Staatsbürgern verfahren wäre, die sich derartiges hätten zuschulden kommen lassen! Eine fremde Macht zum Kriege gegen das eigene Land zu hetzen! Die schlimmsten Strafen wären nicht zu streng gewesen, ohne Gnade hätte man sie dem Henker überliefert.

Die Arbeiterregierung in Russland ist anders verfahren. Blut vergießen wollte sie trotz alledem vermeiden. Die gefangenen Minister der früheren Regierung ließ sie frei. Ja sogar die Generäle Kornilow, Kaledin, Kraßnow waren in ihrer Gewalt und wurden freigelassen. Aber sie benutzten diese Milde nur, um alsbald Truppen zu sammeln und gegen die Republik zu Felde zu ziehen. Das Geld dazu gab ihnen die russische Bourgeoisie. Da blieb denn freilich der Sowjetregierung nichts anderes übrig, als der Gewalt mit Gewalt zu begegnen, und so entbrannte der Bürgerkrieg. Das vergossene Blut kommt also nicht auf Rechnung der Diktatur des Proletariats, sondern auf Rechnung des Bürgerkrieges. Die Bourgeoisie braucht nur das zu tun, was sie jahrhundertlang vom Proletariat verlangt hat, nämlich sich der bestehenden Staatsgewalt und Ordnung zu fügen. Dann würde kein Tropfen Blut vergossen werden.

Im Gegenteil. Da – wie gezeigt – das Proletariat eine so gewaltige Majorität ausmacht, würde das Kapitalistentum im Bewusstsein seiner Ohnmacht und Schwäche wahrscheinlich gar keinen Widerstand wagen, und die Diktatur des Proletariats würde somit die *unblutigste aller Regierungsformen* sein, wenn nicht ein Teil der Proletarier aus Unkenntnis immer noch dem Kapitalismus Gefolgschaft und Hilfe leistete, wenn alle Proletarier die hier dargelegten Zusammenhänge kennen würden und einig zusammenständen zur Erringung des Kommunismus.

5. Das russische Beispiel.

Der Aufbau der Sowjetverfassung in Russland zeigt, was es mit der Diktatur des Proletariats auf sich hat. Die russische Verfassung vom 10. Juli 1918 bestimmt (§ 64):

„Das aktive und passive Wahlrecht zu den Sowjets genießen unabhängig vom Glaubensbekenntnis, von der Nationalität, Ansässigkeit usw. folgende Bürger beiderlei Geschlechts, die am Tage der Wahl das 18. Lebensjahr erreicht haben:

a) alle Bürger, die die Mittel zu ihrem Unterhalt durch produktive oder gemeinnützige Arbeit erwerben ...

b) Soldaten der Sowjet-Armee und -Flotte;

c) Bürger dieser beider Kategorien, welche ihre Arbeitsfähigkeit eingebüßt haben.

Jeder, der produktive *oder gemeinnützige* Arbeit leiste und davon lebt, hat hiernach das Wahlrecht. Nicht nur der Lohnarbeiter im engeren Sinne, sondern auch der Arzt, der Beamte, der Künstler usw., sofern er von gemeinnütziger Arbeit lebt. Solchen Personen gebührt das Wahlrecht (laut § 20) auch dann, wenn sie Ausländer sind. Soweit geht heute die Demokratie in Russland.

Dass es sich eben nur darum handelt, die Ausbeuter von jedem Einfluss auf die Staatsmacht auszuschließen, zeigt vor allem auch § 65. Durch ihn werden des (aktiven und passiven) Wahlrechts verlustig erklärt:

- a) Personen, die Lohnarbeiter zum Zweck des Gewinns beschäftigen; [13]
- b) Personen, die arbeitsloses Einkommen haben, wie Prozente vom Kapital, Gewinne von Unternehmungen, Einkünfte von Eigentum usw.
- c) Privathändler und Handelsvermittler;
- d) Mönche und Geistliche der Kirchen und religiösen Kulte;
- e) Angestellte und Agenten der früheren Polizei, des besonderen Gendarmenkorps und der politischen Geheimabteilungen (Ochrana), ferner die Mitglieder des russischen Zarenhauses.

(Dazu noch Geistesranke, Entmündigte und in gewissen Fällen auch Verurteilte.)

Aus all diesen Bestimmungen spricht deutlich, dass es sich einzig und allein darum handelt, dem Kapital und seinen Werkzeugen jeden Einfluss zu entziehen. Wenn jedoch behauptet wird, dass dies gegen die Grundsätze der „Demokratie“ und „Gleichberechtigung“ verstoße, so muss gesagt werden, dass in keinem Lande der Welt die Demokratie so weit geht, wie im heutigen Russland mit seiner Diktatur des Proletariats. Worin besteht denn die „Demokratie“ selbst in Amerika, in Frankreich und England? Darin, dass der Staatsbürger alle paar Jahre einen Abgeordneten wählen darf. Dann aber muss er bis zum Ablauf der Wahlperiode ruhig zusehen, was dieser sein Vormund tut. In Russland ist es ganz anders.

In Russland wählt jeder, dem nach den erwähnten Verfassungsbestimmungen das Wahlrecht zusteht, zu den *Sowjets*. Das sind die Arbeiterräte (bzw. Soldaten- und Bauernräte) in den einzelnen Ortschaften. Ihre Wahl gilt (nach § 57) auf nicht länger als *drei Monate*.

Die Sowjets wählen Vertreter zum „*Allrussischen Sowjet-Kongress*“. Dieser Kongress (§ 24) ist die oberste Gewalt in der Russischen Republik. Er tritt mindestens zweimal im Jahr zusammen, und daraus ergibt sich, dass all diese und die weiteren Wahlen immer nur auf *höchstens 6 Monate* gelten. Wo wäre in den „demokratischsten“ Sante der Welt eine Bestimmung, die dieser gleichkommt und den Wähler zwingt, nach längstens 6 Monaten die Tätigkeit des Erwählten zu überprüfen, ob er ihm noch weiter das Vertrauen schenken darf? Selbst in ihren verwegenen Träumen gehen die „fortgeschrittensten“ Parteien Deutschlands, Frankreichs usw. nur bis zur einjährigen Wahlperiode, die aber noch nirgends verwirklicht ist.

Gleichwohl ist dies noch nicht alles. Der Sowjetkongress wählt das „*Allrussische Zentral-Exekutiv-Komitee*“ (A. Z. E. K.), eine Körperschaft von höchstens 200 Personen, die dauernd

tagt. Sie ist kein bloßes Parlament, keine Schwatzbude, sondern (§ 31) „das oberste gesetzgebende, ausführende und kontrollie- [14] rende Organ“ der Republik. Da es vom Kongress gewählt werden muss, reicht seine Vollmacht ebenfalls nur auf *höchstens 6 Monate*. Seine Funktionen bestimmt § 32 der Verfassung wie folgt:

„Das A. Z. E. K. stellt allgemeine Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeiter- und Bauernregierung und für alle Organe der Sowjetmacht im Lande auf, es umfasst und vereinheitlicht die gesetzgeberische und verwaltende Tätigkeit und überwacht die Durchführung der Sowjetverfassung, der Beschlüsse des Allrussischen Sowjetkongresses und der Zentralorgane der Sowjetmacht.“

Das A. Z. E. K. setzt den *Rat der Volkskommissare* ein, der aus 17 Mitgliedern besteht (je eines für die verschiedenen Ressorts) und die Verwaltungs- und Regierungsgeschäfte unmittelbar leitet. Auch die Volkskommissare müssen selbstverständlich alle 6 Monate von dem neuen A. Z. E. K. entweder in ihrem Amte bestätigt oder neu gewählt werden.

Außerdem aber – und dies ist von entscheidender Wichtigkeit – bestimmt § 78:

„Die Wähler, die einen Abgeordneten in den Sowjet entsandt haben, haben das Recht, *ihn jederzeit wieder abzuberufen* und neue Wahlen zu veranstalten.“

Diese Bestimmung legt erst wirklich die Macht in die Hände der Volksmassen. Sie macht erst die Verfassung zu einer wirklich demokratischen. Sie gibt den Wählern die Möglichkeit, die Zusammensetzung der Regierung bis in die höchsten Ämter hinein zu beeinflussen.

In *allen* anderen Ländern fehlt eine solche Bestimmung. Nur die Pariser Kommune, die aber nur wenige Wochen alt wurde, hat sie zuerst verwirklicht. In Russland besteht sie nun schon seit 1½ Jahren (denn sie galt vom Tage der Revolution an, wenn sie auch erst am 10. Juli 1918 schriftlich aufgezeichnet wurde). Und es ist jedenfalls sehr bemerkenswert, dass die Arbeitermassen, die es hierdurch in der Hand haben, ihre Abgeordneten und Regierungsbeamten ohne besondere Anstrengung jeden Augenblick fortzublasen, in den ganzen 1½ Jahren dieselben Männer immer von neuem in ihre Ämter eingesetzt haben. Das dürfte ein vollgültiger Beweis dafür sein, dass, trotz aller in Deutschland verbreiteten gegenteiligen Behauptungen, die breiten Massen des russischen Volkes sich unter der Regierung dieser Männer wohl fühlen. [15]

Fassen wir zum Schluss diejenigen Merkmale noch einmal kurz zusammen, welche die Diktatur des Proletariats von einer bürgerlich-demokratischen Republik unterscheiden, so sind es die folgenden:

In der Sowjetrepublik wird kein Beamter von einer vorgesetzten Behörde ernannt, sondern sämtliche Beamten werden gewählt, insbesondere auch die richterlichen Beamten. Jeder, der ein durch Wahl besetztes Amt bekleidet – und dies gilt auch für Abgeordnete aller Art – kann von seinen Wählern jederzeit wieder abberufen werden. Es gibt keine Sinekuren, keine Repräsentationsgelder, keine Staatswürdenträger irgendwelcher Art, sondern sämtliche Beamten bis zu den höchsten hinauf verrichten ihre Arbeit für den Lohn, den ein gut bezahlter Arbeiter auch sonst bekommt. Die Souveränität (Staatshoheit) und damit die gesamte Staatsmacht ruht durchaus in den Händen der Arbeiterklasse, die sich nicht durch Parlamente vertreten lässt, in denen nur geredet wird, während die wirkliche Regierung durch Beamte hinter dem Rücken der Parlamente geschieht – sondern durch Sowjets, d. h. Arbeiterräte als unmittelbare Träger und Anwender der Staatsgewalt. [16]

Druck: Maurer & Dimmick, Berlin SO. 16.